

# Nützliche Aufwendungen

**Beispiel Griechenland – Was im kapitalistischen Normalbetrieb gilt, gilt auch in der Krise: Lohn- und Rentempfänger werden geschöpft, die Vermögenden gern auch mit Schwarzgeld weiter gepöppelt.  
Von Eberhard Rondholz**

**A**m 6. Mai gab's aus New York eine Schreckensmeldung für alle Börsianer: Die Aktienkurse waren in kürzester Zeit abgestürzt, der Dow-Jones-Index fiel um neun Prozent. Und rasch hatten die Leute die Ursache für dieses Desaster im ältesten Europa ausgemacht: in Athen. Fernsehbilder von demonstrierenden Massen auf den Straßen der griechischen Hauptstadt, eine brennende Bank und drei Tote, das habe ausgereicht für den historischen Kursrutsch von New York. Schon bald aber folgte eine ganz andere (kurz darauf ebenfalls wieder verworfene) Hypothese: Ein banaler Tippfehler sei schuld gewesen an dem Crash, ein kurzsichtiger Börsenjobber habe beim Verkauf von 16 Millionen Procter&Gamble-Aktien aus den Millionen *billions* gemacht, angelsächsische zwar, also Milliarden, aber

immerhin doch das Tausendfache, die Aktien des Konzerns fielen in Minuten um 35 Prozent, eine Kettenreaktion war die Folge. Alles möglich, alles ungewiß, ein Lehrstück jedenfalls aus dem Zockertollhaus.

Dafür, daß vielen als erstes der Widerstand gegen die von IWF und EU den Griechen verordnete Radikkur zur Behebung ihrer Schuldenkrise als Ursache des Kurssturzes einfiel, hatten die dramatischen Fernsehbilder von den Massenprotesten der streikenden Gewerkschafter und der brennenden Filiale der Athener Marfin-Bank sowie die Berichte von den drei Todesopfern dort gesorgt. Daß die Brandstiftung mit den Protestdemonstrationen unmittelbar nichts zu tun hatte, war egal, und ob die wohlorganierten Brandstifter aus dem rechtsradikalen Milieu (Chryssi Avghi) oder aus der Anarcho-

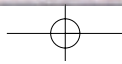
szene des Athener Exarchia-Viertels kamen, interessierte nicht weiter.

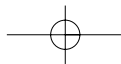
Mehr als 100.000 Menschen waren auf die Straße gegangen, so viele wie nie seit dem Sturz der Militärjunta 1974. Sie hatten sich zur Belagerung des griechischen Parlaments aufgemacht, wo gerade das IWF-Austerity-Paket verabschiedet wurde, das den abhängig Beschäftigten im Land eine Reallohnkürzung nie dagewesenen Ausmaßes bringen wird (neben der drastischen Erhöhung der Preise für Tabak, Branntwein und Benzin sowie einer erneuten Erhöhung der Mehrwertsteuer).

Doch die Mehrheit der gebeutelten Hellenen wird, so sieht es aus, resigniert und schweigend die Suppe auslöffeln, die ihnen eine korrupte politische Klasse samt ihrer Klientel eingebrockt hat. Sie weiß schließlich, was sie von den Versprechungen der Regierung zu halten hat – die Reichen, die Steuerflüchtlinge mit den Luxusvillen und den Superjachten zur Kasse zu bitten und die Arbeiter, die Rentner und kleinen Angestellten zu schonen –, aber sie findet sich drein.

An das Geld der eigentlichen Profiteure des wechselweise von den »Sozialisten« der Regierungspartei Pasok und der konservativen Nea Dimokratia getragenen Systems, diesem nicht zuletzt von deutschen Konzernen aktiv gepflegten, durch und durch korrupten Politbiotop, wird kaum heranzukommen sein. Abkassiert wird jetzt zunächst einmal woanders, bei Arbeitern, Angestellten, Beamten und Rentnern (bei einigen von denen ja auch durchaus zu

*Die Mehrheit der gebeutelten Hellenen wird die Suppe auslöffeln und, wenn's dafür noch reicht, mit Ouzo nachspülen*





Recht). Daß die Pasok den Vermögensmillionären mit ihren schwarzgebauten Luxusvillen, den Bakschisch-Politikern mit ihren fetten Schwarzgeldkonten in der Karibik überhaupt in die Tasche greifen wolle – daran glaubt der einfache Grieche nicht, weil es vor allem die eigenen Leute sind, die sich in den letzten Jahrzehnten so schamlos bereichert haben.

Wie manche der märchenhaften Vermögen entstanden sind, darüber informieren sich dieser Tage einmal mehr deutsche Staatsanwälte in den Geschäftsbüchern deutscher Rüstungskonzerne, ohne daß dies übrigens beim deutschen Medienmainstream auf großes Interesse stieße. Auf Bestechungsbelege über 83 Millionen Euro stießen Münchner Strafverfolger dieser Tage allein bei der auf Schmiergeldplazierung spezialisierten Firma Ferrostaal, einer ehemaligen Mannesmann-Tochter, im Zusammenhang mit dem Verkauf von vier U-Booten des Typs 214 an die griechische Kriegsmarine (einem beinahe an technischen Defekten des Prototyps gescheiterten Milliardengeschäft, für dessen Rettung Angela Merkel noch mitten in der schon voll ausgebrochenen Athener Kreditkrise sorgte – auf Betreiben des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministers Jost de Jager). Und aus den vier U-Booten sind im letzten Moment in verdächtiger Eile noch sechs geworden, bevor die Herren Kontrolleure vom IWF hätten Anstoß nehmen können an dem großen Deal.

Wie Ferrostaal die »nützlichen Aufwendungen« an die griechischen U-Boot-Besteller mit und ohne Uniform zu bringen pflegte, zu Regierungszeiten der Pasok, darüber berichtet seit Wochen in einer Fortsetzungsgeschichte unwidersprochen der Antikorruptionsspezialist der Athener Tageszeitung »Kathimerini«, Tassos Telloglou. Und weil, wenn im deutschen Fernsehen (zum Beispiel bei der mordskritischen ARD-Sendung »Hart aber fair«) der griechischstämmige Schauspieler und Gastronom Kostas Papanastasiou ein Wort darüber verlieren möchte, der Moderator ihm das Wort abschneidet, und auch sonst dieses Thema in den übrigen Griechenland-Fernsehrunden dieser Tage elegant umfahren wird, hier ein paar Exempel:

Geschmiert wird, ein wenig Deckung muß sein, zum Beispiel so wie im Fall des Athener U-Boot-Deals. Die (bis vor kurzem mehrheitlich im Besitz der Firma Thyssen-Krupp befindliche) Kriegsschiffswerft von Skaramangas (Piräus) überweist die Bestechungssumme in Millionenportionen als Beraterhonorare an eine Consultingfirma namens Shiraz Marine PVT. LTD (Limited) in Neu Delhi, für gute Dienste bei der Pflege der Geschäftsbeziehungen des Schiffbauers in Asien (so etwa am 14. Januar 2005 1,9 Millionen Euro). Einen Monat später findet sich ein Zahlungsbeleg über die gleiche Summe an dieselbe indische Gesellschaft für die angebliche Pflege guter Geschäftsbeziehungen mit einer Reihe lateinamerikanischer Länder: Argentinien, Chile, Peru und Venezuela. Ein bißchen Humor zeigen die phantasievollen Schmiergeldverteiler dabei (oder ist es schlicht

geographische Ahnungslosigkeit?), wird doch auch dem (bis dato) kustenlosen Bolivien ein dringendes Interesse an Kriegsschiffen zugeschrieben.

Ein anderes Beispiel: Im Oktober 2004 spendet die Werft ein Beraterhonorar in Höhe von 1,3 Millionen Euro an eine Gesellschaft mit Sitz auf den niederländischen Antillen, die Sidewind Investments. Überwiesen, wie die anderen Beträge auch, auf ein Konto bei einer Genfer Filiale des Bankhauses BNP Paribas, einem Geldinstitut, bei dem ganz zufällig auch etliche Griechen ihre Konten unterhalten. Ein Staatsanwalt, wer Böses dabei denkt.

Und weil auch im Panzergeschäft seit jeher ohne Schmiere nichts läuft, war in Griechenland jedem klar, daß beim Kauf einiger hundert der neuesten Kampfwagenmodelle aus dem Hause Krauss-Maffei Wegmann (Typ Leopard 2-HEL) ebenfalls etliche Millionen abgefallen sind für die Auftraggeber. Auch hier sind vor einigen Tagen erste Zahlen bekanntgeworden, um mehrere zehn Millionen geht es bislang, es fehlen nur noch die Namen der Beglückten. Die großzügigen deutschen Bakschisch-Geber sind jetzt in der Bredouille, aber soweit es sich bei den Hellenen mit den offenen Händen um ehemalige Verteidigungsminister der Pasok und Nea Dimokratia handeln sollte, haben diese

### Wie manche der immensen Vermögen entstanden sind, steht in den Geschäftsbüchern deutscher Rüstungskonzerne

bis auf weiteres nichts zu befürchten – nach dem einschlägigen griechischen »Gesetz über Ministerverantwortlichkeit«, einer Maßanfertigung, die ziemlich penetrant nach Berlusconi riecht, ist alles verjährt, und die schwarze Knete ruht, unversteuert, versteht sich, irgendwo unter der karibischen Sonne.

In Athen fragt sich derweil der geschöpfte Normalverdiener: Wo bleibt die Kürzung der üppigen Apanagen für die Abgeordneten des Athener Parlaments? Und: Wofür brauchen wir eigentlich 300 davon in unserem kleinen Land? Und: Warum rückt die steinreiche Kirche nicht ein paar ihrer riesigen Liegenschaften raus, statt damit fleißig Monopoly zu spielen – während wir bald nicht mehr genügend Euros haben, um unseren Kummer mit dem immer teurer werdenden Ouzo runterzuspülen? Und: Wann gehen endlich wenigstens ein paar der für die heutige Misere Verantwortlichen in den Knast? Und wenn schon der Straftatbestand der passiven Bestechung nicht greift, so meinen manche Griechen im Scherz, könnte doch wenigstens, wie einst im Fall Al Capone, das Steuerrecht den Verdächtigen zum Verhängnis werden. Im Parlament mehrten sich immerhin unter den jüngeren Abgeordneten die Stimmen, die eine politische Katharsis für die Volksvertretung fordern, den Verzicht auf die maßlosen Privilegien der Parlamentarier.

Gefordert wird übrigens auch weiterhin von Deutschland die Rückzahlung jenes Zwangskredits, den die Besatzungsmacht im Zweiten Weltkrieg den Griechen abgepreßt hat und für dessen Rückzahlung sich das Nazireich einst verbürgt hatte. Um immerhin fünf Milliarden Euro in heutiger Kaufkraft geht es da nach jüngsten Berechnungen, die der Historiker Hagen Fleischer auf Grundlage der im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes ruhenden Akten angestellt hat. Bei Anwendung einer konventionellen Zinseszinsrechnung und unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von derzeit aktuellen fünf Prozent wären das nach 65 Jahren 21,6 Milliarden – in etwa also die Summe, für die Berlin jetzt im Rahmen des globalen Hilfspakets für Athen bürgt. Was für eine Gelegenheit, die alte leidige Schuldenfrage aus den vierziger Jahren elegant aus der Welt zu schaffen. Doch Deutschland zahlt seine gestundeten Uraltschulden nicht, schon gar nicht an ein Land, »das gegen uns Krieg geführt hat«, wie sich ein deutscher Botschafter in Athen noch unlängst erinnerte.

Und so bleibt zu guter Letzt nur der Hinweis auf eine originelle Idee der Boulevardzeitung »Avriani«, der »Bildzeitung« der Griechen, wie das Land zu Geld kommen könnte. Den Vorschlag ihrer deutschen Schwesterpostille aufgreifend, die Griechen mögen doch ein paar ihrer 1.000 unbewohnten Inseln verkaufen, hat »Avriani« sich eine Variante ausgedacht: An deutsche Politiker verkaufen müssen wir unsere Eilande ja nicht gleich, aber vielleicht verpachten? Zum Beispiel an die Russen? Man dachte offenbar an einen Moskauer Wunschtraum aus der Zarenzeit: einen Ankerplatz zu haben im warmen Mittelmeer. Leihen wir den Russen eine Insel, schlagzeitle »Avriani« in Balkenlettern, und darunter stand, zu welchem Zweck: als Militärbasis, und dies gleich für 100 Jahre. Nicht umsonst natürlich – hat nicht soeben, heißt es weiter, Rußland der Ukraine 40 Milliarden gezahlt, als 25-Jahres-Pacht für die Weiternutzung seiner Marinebasis am Schwarzen Meer? Wie wär's dann mit 100 Milliarden für Griechenland?

Was ja einen von der Zeitung nicht explizierten Vorteil hätte: jenen Schutz vor einer möglichen Invasion aus der Türkei, den die Nato ihrem Mitglied Griechenland nicht garantieren will – mit Moskau würde sich Ankara wohl kaum anlegen wollen. Womit zugleich das Ende der astronomischen Militärausgaben gekommen wäre, von deren Fortsetzung auch in Zeiten des gerade noch einmal aufgeschobenen griechischen Staatsbankrotts Merkel und Westerwelle selbstverständlich weiterhin ausgehen – von einem Ende dieser guten Geschäfte war jedenfalls nicht die Rede im Zusammenhang mit den Sparmaßnahmen, die die Kreditgeber den Griechen jetzt verschrieben haben. Von einer Garantie der Unverletzlichkeit der EU-Grenzen in der Ägäis, wie sie das »Handelsblatt« unlängst forderte, ebensowenig. ●

**Eberhard Rondholz** schrieb in KONKRET 4/10 über das deutsche Griechen-Bashing

